

Arbeit für Flüchtlinge: Land und Bund in Konkurrenz

Viele Parallelangebote – Meyer: Wir waren schneller

Kiel. Land und Bund machen sich bei der Berufsvorbereitung von Flüchtlingen immer mehr Konkurrenz. Das geht aus der Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage der FDP-Fraktion hervor.

Demnach sind von den 1600 Plätzen im „BÜFAA.SH-Programm“ (Begleiteter Übergang für Flüchtlinge in Arbeit und Ausbildung in Schleswig-Holstein) nur 959 Plätze belegt. Anbieter vor Ort klagen nach LN-Informationen über fehlende Informationen über den bisherigen Ausbildungsstand der Flüchtlinge, hohe Hürden für die Aufnahme und vor allem auch darüber, dass ausgerechnet das Bundesamt für Ausländerangelegenheiten (BAMF) Flüchtlinge aus bereits laufenden Maßnahmen abziehe und in Integrationskurse stecke. Man rechne daher im Jahresverlauf mit weiter sinkenden Teilnehmerzahlen. Landesweit könnte ihre Zahl auf knapp 500 sinken.

„Dieses Programm ist leider völliger Murks. Die sehr geringe Teilnehmerzahl ist bezeichnend für die

Plan- und Konzeptlosigkeit der Landesregierung im Bereich der Arbeitsmarktintegration“, sagt der FDP-Wirtschaftspolitiker Christopher Vogt. Das von der Landesregierung ausgerufene „Jahr der Integration“ komme über Symbolpolitik kaum hinaus. Es fehle an Abstimmung mit dem BAMF und vor allem an den dringend benötigten Informationen über den Ausbildungsstand der einzelnen Flüchtlinge. Vogt fordert zudem „eine Entrümpelung bei den Vorgaben“.

Ursache für die Parallelangebote sei, dass das Land 2015 viel schneller reagiert habe als der Bund und als erstes solche Kurse eingerichtet habe, sagt SPD-Wirtschaftsminister Reinhard Meyer. Man habe zusammen mit dem Innenministerium jetzt auch sichergestellt, dass Flüchtlinge erst nach Abschluss ihres Landes-Kurses in einen Integrationskurs wechseln. Zusammen mit der Arbeitsagentur wolle man die Instrumente noch passgenauer machen. „Es ist derzeit viel in Bewegung“, sagt Meyer. wh